

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

142 (29.11.1947)



ZEITUNG DER NACHRICHTEN

Will Württemberg uns ganz schlucken?

Kundgebung der CDU — Minister Dr. H. Köhler gegen verfassungswidrigen Entwurf des Stuttgarter Staatsministeriums

Karlsruhe, 29. Nov. (L.A.-Eigenbericht) Am Donnerstagabend veranstaltete die CDU im Konzerthaus eine Wahlkundgebung, bei der Minister Dr. H. Köhler in großen Umrissen ein Bild der augenblicklichen weltpolitischen Situation zeichnete, auf dessen Hintergrund das deutsche Schicksal in einer besonders düsteren Aspekt bietet. Wir seien, so führte der Minister u. a. aus, die rechtlose Beute unehriger Sieger, bei denen die totalitären und demokratischen, privat- und staatskapitalistischen Interessen aufeinanderprallen. Deutschland sei nur noch ein geographischer Begriff, von dem Stück um Stück abbröckle.

Unser Hauptkampf, so betonte der Minister, gelte dem Gefahren des Winters. Ob wir ihn Herr werden, entscheide die Zukunft. Unsere größte Sorge sei die Ernährung, die nicht gesichert sei. Die Fettversorgungslage sei katastrophal, unsere Parole für die nächsten Monate laute: „Brot und Butter, das nackte Leben!“ Eine Beihilfe könne nicht mit Vorträgen über die Vorfälle der Demokratie herbeigeführt werden. Unsere Regierung sei ohne Autorität. Keiner sei in der Lage durchzugreifen. Zur kommenden Wahl in Stuttgart seien die Auswirkungen geradezu revolutionär sein würden. Es möge niemand glauben, daß er ungeschoren davonkäme. Das Währungsreformgesetz werde zu gegebener Zeit vom Kontrollrat erlassen. Unsere Regierung habe lediglich das Recht, Gutachten dazu abzugeben.

In der US-Zone sei die Demontage bis jetzt in Zusammenarbeit mit den Amerikanern so durchgeführt worden, daß das Schicksal verhängt werden könne. In der britischen und vor allem in der französischen Zone seien die Demontageeinträge katastrophal. Was in der Ostzone bis heute von Sowjetrußland in brutaler Weise demontiert worden sei, überschreite bei weitem das, was in der Bizone bisher demontiert worden sei.

Wir hätten alle Ursache, so fuhr der Minister fort, der Industriearbeiterschaft zu danken für ihre vorbildliche Haltung in der gegenwärtigen Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage. Wir müßten uns darauf einstellen, daß unter Umständen unser künftiges Wirtschaftsleben wieder der Handwerksbetrieb stehen würde. Die Alliierten wollten eine deutsche Großindustrie nicht mehr aufkommen lassen.

Er, der Minister, glaube nicht an Krieg, doch gäbe es ohne die Lösung des deutschen Problems keine Ruhe in der Welt. Die Kommunisten machten sich in unserer heutigen Lage die geringsten geistigen Unkosten; denn sonst müßten ihnen das Los der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland, wie wir es an den wenigen Ausgehungen und halbtoten Rußland-Heimkehrern ablesen könnten, Deportationen aus der Sowjetzone nach dem Osten, die zunehmende Flucht aus der Ostzone usw. schon längst zu denken gegeben haben.

Wenn Minister Dr. Veit kürzlich bei einer Rede meinte, die SPD werde den Weg nach Washington nach dem Moskauer, am wenigsten aber den nach Rom gehen, so seien das billige Redensarten. Niemand habe von Dr. Veit verlangt, nach Rom zu gehen. Vor allem andern wurde er aufgefordert, sich der Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus eine entscheidende Rolle spielen. Mit sichtlich Empörung vernahm die Versammlung aus dem Munde des Ministers den neuesten „Schwabenstreich“. In Artikel 44 der Grundgesetzfassung sei die gleiche Gliederung und Selbstverwaltung für beide Landesteile gesichert, und nur deshalb habe die überwiegende Mehrheit der nordbadischen Bevölkerung seinerzeit der Verfassung zugestimmt. Seit Monaten stehe dieser Verfassungsartikel zur Diskussion. Was nun am 26. Nov. 1947 ohne Mitwirkung der Kabinettsmitglieder der CDU, die sich wegen der Ablehnung ihres Verfassungsantrags zum Protest aus der Sitzung ent-

fernt hätten, als Entwurf des Staatsministeriums zur Ausführung dieser Verfassungsbestimmung beschlossen worden sei, bedeute ein vollständiges Abbrechen von dessen klaren Zusagen in der Verfassung. Denn jetzt solle der Landesbezirk Baden in einen Regierungsbezirk nach preußischem Muster umgewandelt werden, dessen Präsident dem württembergischen Innenministerium als dem Dienstvorsetzten unterstehe. Es werde nun künftig weder einen Landesbezirk Baden noch einen solchen von Württemberg geben, wohl aber einen württembergischen Staat mit einem Regierungsbezirk Baden als Anhängsel geben.

Wer jetzt, so betonte der Redner mit Schärfe, den Versuch machen wollte, die Verfassung umzubiegen und sich um ihren Vollzug zu drücken, der stelle sich außerhalb des Verfassungsrechts und dürfe sich nicht wundern, wenn wir alle die nach der Verfassung uns zu Gebote stehenden Mittel anwendeten, um zu unserem garantierten Recht der absoluten Gleichberechtigung und Gleichstellung mit Württemberg zu gelangen.

Schon unsere wirtschaftliche und ernährungspolitische Lage erfordere diese gleichmäßige Behandlung durch alle staatlichen Stellen auch in Württemberg. Die Feststellung, daß die 1-Ztr.-Einkeilung unter Kartoffeln in Württemberg als im ganzen durchgeführt angesehen werden könne, sei erfreulich, aber dasselbe müsse auch für Baden verlangt werden. Wenn der Landeswirtschaftsminister am 17. Nov. erklärt habe, Stuttgart sei mit mehr als 90 Prozent eingedeckt, Karlsruhe und Mannheim dagegen nur mit 55 Proz., so fehle es eben hier an dieser gleichen Behandlung. Das gelte auch für Artikel der gewerblichen Wirtschaft, worüber immer erneute Klagen durch die betroffenen Vertriebsstellen der Wirtschaft erhoben würden.

Wir seien, so bemerkte der Minister treffend, in dem gemeinsamen Staatsverband nicht als arme Leute gekommen. Wir hätten unsere zwei großen Rheinläufe von Mannheim und Karlsruhe eingebracht, die unsere württembergischen Volksgenossen erst den Weg auf die Weltstraßen des Verkehrs öffnen würden. Wir hätten unsere älteste Reichsuniversität Heidelberg und unsere älteste TH Karlsruhe mitgebracht. Diese Juwelen seien uns teuer. Wir hätten gewiß Verständnis für die Eigenart unserer württembergischen Freunde, aber unser Entgegenkommen dürfe sich nicht unter das bekannte Wort rubrizieren lassen, das einmal ein Schwabe sprach, indem er sagte: „Wenn ich meine Kartoffeln in deinem Fett braten darf, dann darfst du dein Fleisch in meinem Kraut kochen!“

Die CDU habe eine Vertagung dieser ganzen Diskussion verlangt, bis die staatsrechtlichen Realitäten aus dem Verlauf der Londoner Konferenz zu übersehen seien. Der Weg in die Zukunft müsse erst durch die Freihaltung eines Weges für einen gemeinsamen südwestdeutschen Staat, der aber nur möglich sei auf dem Boden völliger Gleichberechtigung von Württemberg und Baden unter möglicher Verlegung der Verwaltungsbefugnisse unter durch weise Selbstbeschränkung der Landeszentralstellen.

Als zweiter Versammlungsredner gab Bürgermeister Heurich einen Rechenschaftsbericht über den Stand der Entscheidung über den Wiederaufbau in Karlsruhe, die als eine Gemeinschaftsarbeit aller Parteien anzusprechen seien. Eine Siedlung für Fliegergeschädigte sei in Vorbereitung. Karlsruhe werde nicht in absehbarer Zukunft beseitigt, sondern auch im Wiederaufbau an der Spitze liegen.

Mit einem Appell zur anständigen Führung des Wahlkampfes ohne persönliche Verunglimpfung des Gegners und einer klaren Haltung über den Stand der Zusammenarbeit mit allen Parteien, die guten Willens sind, schloß der Versammlungsleiter, Regierungsdirektor A. K. Uhn, die Versammlung.

Vertrauen für französische Regierung

Über 2 Millionen streiken in Frankreich — Schumans Appell an die Arbeiter

Paris, 28. Nov. (Dena) Die französische Nationalversammlung sprach laut Reuter in den frühen Morgenstunden des Freitag der französischen Regierung mit 322 gegen 196 Stimmen bei 33 Enthaltungen für ihr Anti-Streikprogramm das Vertrauen aus. Am Schluß der Sitzung wurde bekanntgegeben, daß das Kabinett am Freitagmorgen zusammentreten werde, um die Anti-Streik-Kampagne der Regierung auszuführen.

„Gewalt nur im äußersten Falle“ Der französische Premierminister Rob. Schuman hatte am 27. d. Mts. vor der französischen Nationalversammlung das Vertrauensvotum für sein erst 5 Tage altes Kabinett beantragt. Er erklärte, die Regierung werde nur im äußersten Falle die Bekämpfung der gegenwärtigen Streikbewegung annehmen, und erst dann Mittel der Gewalt anwenden, wenn die Regierung durch die Weiterführung der für das Leben der Nation unerlässlichen Dienste sichern. Wir werden alle Sabotageakte bestrafen. Wir werden zunächst überlegen und erst dann unsere Autorität zur Geltung bringen.“

Schuman sagte weiter, daß am Mittwoch bekanntgabende Entscheidung, allen Arbeitern 1500 Franc Lebenshaltungskosten zuzubilligen, stelle nur einen Teil des Regierungsprogramms dar. Die Stellung der Arbeiter betreffende Maßnahmen würden folgen.

Die Rede des Ministerpräsidenten fand in der Nationalversammlung nur eine „lauwarme“ Aufnahme, da Schumans Versprechungen, daß die Regierung ernstlich handeln werde, als zu vage angesehen wurden.

Über zwei Millionen französische Arbeiter und Angestellte befanden sich am 27. d. Mts. in den Streik. In der Eisenbahn, des Metall- und Bauwesens, des Bergbaus, des Textilwesens, der Textilindustrie, der Gaswerke und Mühlen im Streik.

Teilung Palästinas für arabische Welt eine Angelegenheit auf Leben oder Tod

New York, 28. Nov. (Dena-Reuter) Mit einer Rede der philippinischen Delegierten, General Carlos Romulo, die sich gegen eine Teilung Palästinas in einen jüdischen und arabischen Staat wandte, trat die UN-Vollversammlung am 26. d. Mts. in den letzten Beratungen über die Zukunft Palästinas ein.

Der irakische Ministerpräsident Sayid Salih Jabur erklärte hier am 27. d. Mts. die Frage der Teilung Palästinas sei „für die arabische Welt eine Angelegenheit auf Leben oder Tod“. Der Irak, so betonte er, werde das Äußerste tun, um die Bildung eines zionistischen Staates zu verhindern. Der stellvertretende Präsident des irakischen Senats, Abbasan, forderte, die Mitglieder der arabischen Liga sollten sich unmittelbar nach der Annahme des Teilungsplanes aus den Vereinten Nationen zurückziehen und die arabischen Armeen müßten einen arabischen Staat in Palästina errichten.

Der irakische Kommissar für Palästina, General Sir Alan Cunningham, erklärte am Donnerstag: „Solange wir die Kontrolle über irgend ein Gebiet Palästinas inne haben, werden wir in diesem Gebiet für Gesetz und Ordnung verantwortlich sein. Wir werden keine Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern dulden.“

Die UN-Balkan-Sonderkommission beschloß auf beiden Seiten der griechischen Nordgrenze Beobachtungsgruppen einzusetzen, der Ausschuß wird den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, ersuchen, die Zustimmung Griechenlands, Jugoslawiens, Bulgariens und Albaniens zur Aufstellung solcher Gruppen in den betreffenden Gebieten beiderseits der Grenze zu erhalten.

Der Ministerpräsident der indonesischen Republik, Amir Sjarifuddin, überreichte am 25. d. Mts. dem UN-„Versöhnungsausschuß“ für Indonesien ein Memorandum, in dem um Maßnahmen zur gleichmäßigen Verteilung von Nahrungsmitteln und Gütern und zur Vermeidung des Zusammenbruchs der Wirtschaft und des Verkehrs in allen der indonesischen Republik unterstehenden Gebieten ersucht wird.

4. Dezember vermutlicher Termin für Billigung der Europahilfe Washington, 28. Nov. (Dena-Reuter) Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses, John Tabor, erklärte am 26. Nov., der 4. Dezember sei voraussichtlich der früheste Termin, an dem der Ausschuß überhaupt in Erwägung der Billigung des 100-Milliarden-Dollar-Programms für Frankreich, Italien und Österreich zu billigen. Tabor gab diese Erklärung ab, nachdem er mit Präsident Truman über das 597 Mill. Dollar-Stillschlagsprogramm konferiert hatte.

SED schlägt Entsendung deutscher Delegation nach London vor Berlin, 28. Nov. (Dena) Otto Grothwohl, Parteivorsitzender der SED, richtete am 26. d. Mts. in einer Pressekonferenz eine Einladung an alle politischen Parteien und Gewerkschaften sowie an die Vertreter der Kunst und Wissenschaft in ganz Deutschland, an 5. und 7. Dezember zu einem „Deutschen Volkskongress“ für Einheit und gerechten Frieden“ nach Berlin zu kommen. Auf diesem Volkskongress soll eine Delegation gewählt und zur Außenministerkonferenz nach London entsandt werden.

CDU, SPD und LDP haben ihre Beteiligung an einem solchen Kongress als Propagandaveranstaltung der Kommunisten abgelehnt.

Bidaults Absage an Stalin New York, 28. Nov. (AP) Der französische Außenminister Bidault habe auf einer miternächtlichen Zusammenkunft mit Stalin das sowjetische Angebot zur Unterstützung der französischen Ansprüche auf die Saar als Gegenleistung für Frankreichs Unterstützung der russischen Forderung auf Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion abgelehnt, berichtet O. Henry Brandon am 27. d. Mts. in dem amerikanischen „Colliers Magazine“. Die Unterredung zwischen Stalin und Bidault fand am 17. März d. J. während der Moskauer Außenministerkonferenz im Kremel statt.

Stalin habe darauf hingewiesen, daß Amerika und Großbritannien einen Block bilden. Um den Ausgleich zu schaffen, sei wichtig, daß zwei gegen zwei zusammenhalten.

„Gelassenheit, nicht Bitterkeit und Mißverständnis“, sagt Marshall

Erregte Debatte zwischen den vier Außenministern

Molotow: Westmächte wollen Deutschland imperialistischen Frieden aufzwingen

London, 28. Nov. (Dena-Sonderbericht) Der Außenminister kam am 26. Nov. zu einer endgültigen Einigung über die Reihenfolge, in der die Punkte seiner Tagesordnung erörtert werden sollen. Die Grundlage für ihre Übereinstimmung war ein vom französischen Außenminister Georges Bidault eingebrachter Kompromißvorschlag.

Die Außenminister beschlossen, den österreichischen Staatsvertrag an erster Stelle zu behandeln, ihn jedoch sofort den Sonderbeauftragten zur Klärung zu überweisen. Die Sonderbeauftragten werden bis 2. Dezember dem Außenminister Bericht erstatten müssen.

Nachdem damit die Frage des österreichischen Staatsvertrages erledigt ist, werden die Außenminister sofort mit der Erörterung der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages beginnen, wobei die Frage der deutschen Grenzen und die Verfahrensfragen für den Entwurf des Vertrages gleichzeitig mitebehandelt werden sollen.

Die Rubrik, in der die Arbeit der Konferenz am Dienstag verlief, war nicht von langer Dauer. Außenminister Molotow beschuldigte die Westmächte des Versuches, Deutschland einen „imperialistischen“ Frieden aufzuzwingen. Er beschuldigte sie ferner des Versuches, Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten, und der Absicht, in Westdeutschland durch die Rekrutierung „reaktionärer Elemente“ einen imperialistischen Stützpunkt zu errichten, um schließlich die osteuropäischen Nationen anzugreifen.

Diesen Ausführungen Molotows folgte eine energische Erwiderung Außenminister Marshall's. „Molotow hat soeben von österreichischen Plan und der Schaffung von Sklavenstaaten gesprochen“, erklärte Marshall. „Ich halte die Wiederholung dieser Gesichtspunkte seitens der sowjetischen Delegation für unangebracht zu einem Zeitpunkt, in dem wir uns so bemühen, in größerer Arbeit eine baldige Festlegung einer gemeinsamen Friedensgrundlage zu erreichen. Was Molotow auch immer sagen mag, ich werde stets davon überzeugt sein, daß er sich nicht in die Angelegenheiten der Welt einmischen sollte.“

Die UN-Balkan-Sonderkommission beschloß auf beiden Seiten der griechischen Nordgrenze Beobachtungsgruppen einzusetzen, der Ausschuß wird den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, ersuchen, die Zustimmung Griechenlands, Jugoslawiens, Bulgariens und Albaniens zur Aufstellung solcher Gruppen in den betreffenden Gebieten beiderseits der Grenze zu erhalten.

Der Ministerpräsident der indonesischen Republik, Amir Sjarifuddin, überreichte am 25. d. Mts. dem UN-„Versöhnungsausschuß“ für Indonesien ein Memorandum, in dem um Maßnahmen zur gleichmäßigen Verteilung von Nahrungsmitteln und Gütern und zur Vermeidung des Zusammenbruchs der Wirtschaft und des Verkehrs in allen der indonesischen Republik unterstehenden Gebieten ersucht wird.

Eine Länderratsentschließung zur Demontage in französischer Zone

Stuttgart, 28. Nov. (Eig. Ber. - huc) Das Direktorium des Länderrats bittet die amerikanische Militärregierung um Lokierung der Zivillieferungen in der Versorgung der Zivilbevölkerung der US-Zone mit Glas- und Porzellanwaren. Bis jetzt dürften nur 25 v. H. der Fabrikation an den Zivilsektor geleitet werden, der Rest war für den Export bestimmt. Man hofft in Zukunft, daß von den 16 Mill. Stück Geschirre u. Porzellan die Hälfte für eigene Zwecke verwendet werden könne.

Ferner empfahl das Direktorium des Länderrats das Gesetz zur Hemmung von Verjährungsfristen bis Ende 1948 aufzuheben. Von der amerikanischen Militärregierung wurde das Flüchtlingsrentengesetz und das Gesetz über Wirtschaftsprüfer, Bücherrevisoren und Steuerberater genehmigt.

Das Direktorium des Länderrats hat von dem Übereinkommen der französischen und amerikanischen Regierung Kenntnis genommen, wonach innerhalb von sechs Monaten 20 000 deutsche Arbeitskräfte aus der US-Zone für Frankreich anzuwerben werden sollen.

Das württembergisch-badische Kabinett hat in seiner letzten Sitzung am 26. November den Gesetzentwurf über die Verwaltung der beiden Landesteile Württemberg-Baden gebilligt. In einer der nächsten Plenarsitzungen wird über den Entwurf im Landtag endgültig beraten werden. Auf Ausführungen von Wirtschaftsminister Dr. Veit über die Auswirkungen der Demontage in Südwürttemberg nahm der Landtag folgende Entschlußfassung an: „Der ständige Ausschuß des württembergisch-badischen Kabinetts in einer Sondersitzung am 27. November eine Erklärung der Regierung über den Umfang der geplanten Demontage in Südbaden und Südwürttemberg-Hohen-

„Gelassenheit, nicht Bitterkeit und Mißverständnis“, sagt Marshall

Erregte Debatte zwischen den vier Außenministern

Molotow: Westmächte wollen Deutschland imperialistischen Frieden aufzwingen

London, 28. Nov. (Dena-Sonderbericht) Der Außenminister kam am 26. Nov. zu einer endgültigen Einigung über die Reihenfolge, in der die Punkte seiner Tagesordnung erörtert werden sollen. Die Grundlage für ihre Übereinstimmung war ein vom französischen Außenminister Georges Bidault eingebrachter Kompromißvorschlag.

Die Außenminister beschlossen, den österreichischen Staatsvertrag an erster Stelle zu behandeln, ihn jedoch sofort den Sonderbeauftragten zur Klärung zu überweisen. Die Sonderbeauftragten werden bis 2. Dezember dem Außenminister Bericht erstatten müssen.

Nachdem damit die Frage des österreichischen Staatsvertrages erledigt ist, werden die Außenminister sofort mit der Erörterung der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages beginnen, wobei die Frage der deutschen Grenzen und die Verfahrensfragen für den Entwurf des Vertrages gleichzeitig mitebehandelt werden sollen.

Die Rubrik, in der die Arbeit der Konferenz am Dienstag verlief, war nicht von langer Dauer. Außenminister Molotow beschuldigte die Westmächte des Versuches, Deutschland einen „imperialistischen“ Frieden aufzuzwingen. Er beschuldigte sie ferner des Versuches, Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten, und der Absicht, in Westdeutschland durch die Rekrutierung „reaktionärer Elemente“ einen imperialistischen Stützpunkt zu errichten, um schließlich die osteuropäischen Nationen anzugreifen.

Diesen Ausführungen Molotows folgte eine energische Erwiderung Außenminister Marshall's. „Molotow hat soeben von österreichischen Plan und der Schaffung von Sklavenstaaten gesprochen“, erklärte Marshall. „Ich halte die Wiederholung dieser Gesichtspunkte seitens der sowjetischen Delegation für unangebracht zu einem Zeitpunkt, in dem wir uns so bemühen, in größerer Arbeit eine baldige Festlegung einer gemeinsamen Friedensgrundlage zu erreichen. Was Molotow auch immer sagen mag, ich werde stets davon überzeugt sein, daß er sich nicht in die Angelegenheiten der Welt einmischen sollte.“

Die UN-Balkan-Sonderkommission beschloß auf beiden Seiten der griechischen Nordgrenze Beobachtungsgruppen einzusetzen, der Ausschuß wird den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, ersuchen, die Zustimmung Griechenlands, Jugoslawiens, Bulgariens und Albaniens zur Aufstellung solcher Gruppen in den betreffenden Gebieten beiderseits der Grenze zu erhalten.

Der Ministerpräsident der indonesischen Republik, Amir Sjarifuddin, überreichte am 25. d. Mts. dem UN-„Versöhnungsausschuß“ für Indonesien ein Memorandum, in dem um Maßnahmen zur gleichmäßigen Verteilung von Nahrungsmitteln und Gütern und zur Vermeidung des Zusammenbruchs der Wirtschaft und des Verkehrs in allen der indonesischen Republik unterstehenden Gebieten ersucht wird.

Eine Länderratsentschließung zur Demontage in französischer Zone

Stuttgart, 28. Nov. (Eig. Ber. - huc) Das Direktorium des Länderrats bittet die amerikanische Militärregierung um Lokierung der Zivillieferungen in der Versorgung der Zivilbevölkerung der US-Zone mit Glas- und Porzellanwaren. Bis jetzt dürften nur 25 v. H. der Fabrikation an den Zivilsektor geleitet werden, der Rest war für den Export bestimmt. Man hofft in Zukunft, daß von den 16 Mill. Stück Geschirre u. Porzellan die Hälfte für eigene Zwecke verwendet werden könne.

Ferner empfahl das Direktorium des Länderrats das Gesetz zur Hemmung von Verjährungsfristen bis Ende 1948 aufzuheben. Von der amerikanischen Militärregierung wurde das Flüchtlingsrentengesetz und das Gesetz über Wirtschaftsprüfer, Bücherrevisoren und Steuerberater genehmigt.

Das Direktorium des Länderrats hat von dem Übereinkommen der französischen und amerikanischen Regierung Kenntnis genommen, wonach innerhalb von sechs Monaten 20 000 deutsche Arbeitskräfte aus der US-Zone für Frankreich anzuwerben werden sollen.

Das württembergisch-badische Kabinett hat in seiner letzten Sitzung am 26. November den Gesetzentwurf über die Verwaltung der beiden Landesteile Württemberg-Baden gebilligt. In einer der nächsten Plenarsitzungen wird über den Entwurf im Landtag endgültig beraten werden. Auf Ausführungen von Wirtschaftsminister Dr. Veit über die Auswirkungen der Demontage in Südwürttemberg nahm der Landtag folgende Entschlußfassung an: „Der ständige Ausschuß des württembergisch-badischen Kabinetts in einer Sondersitzung am 27. November eine Erklärung der Regierung über den Umfang der geplanten Demontage in Südbaden und Südwürttemberg-Hohen-

US-Textil-Hilfsprogramm läuft an Bremen, 28. Nov. (Dena) Mit dem Eintrifft einer Ladung von 600 Textilien und Segeltuch im Werte von 50 000 Dollar aus den USA am 27. d. Mts. ist das amerikanische Textil-Hilfsprogramm für Deutschland angefallen.

„Gelassenheit, nicht Bitterkeit und Mißverständnis“, sagt Marshall

Erregte Debatte zwischen den vier Außenministern

Molotow: Westmächte wollen Deutschland imperialistischen Frieden aufzwingen

London, 28. Nov. (Dena-Sonderbericht) Der Außenminister kam am 26. Nov. zu einer endgültigen Einigung über die Reihenfolge, in der die Punkte seiner Tagesordnung erörtert werden sollen. Die Grundlage für ihre Übereinstimmung war ein vom französischen Außenminister Georges Bidault eingebrachter Kompromißvorschlag.

Die Außenminister beschlossen, den österreichischen Staatsvertrag an erster Stelle zu behandeln, ihn jedoch sofort den Sonderbeauftragten zur Klärung zu überweisen. Die Sonderbeauftragten werden bis 2. Dezember dem Außenminister Bericht erstatten müssen.

Nachdem damit die Frage des österreichischen Staatsvertrages erledigt ist, werden die Außenminister sofort mit der Erörterung der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages beginnen, wobei die Frage der deutschen Grenzen und die Verfahrensfragen für den Entwurf des Vertrages gleichzeitig mitebehandelt werden sollen.

Die Rubrik, in der die Arbeit der Konferenz am Dienstag verlief, war nicht von langer Dauer. Außenminister Molotow beschuldigte die Westmächte des Versuches, Deutschland einen „imperialistischen“ Frieden aufzuzwingen. Er beschuldigte sie ferner des Versuches, Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuschalten, und der Absicht, in Westdeutschland durch die Rekrutierung „reaktionärer Elemente“ einen imperialistischen Stützpunkt zu errichten, um schließlich die osteuropäischen Nationen anzugreifen.

Diesen Ausführungen Molotows folgte eine energische Erwiderung Außenminister Marshall's. „Molotow hat soeben von österreichischen Plan und der Schaffung von Sklavenstaaten gesprochen“, erklärte Marshall. „Ich halte die Wiederholung dieser Gesichtspunkte seitens der sowjetischen Delegation für unangebracht zu einem Zeitpunkt, in dem wir uns so bemühen, in größerer Arbeit eine baldige Festlegung einer gemeinsamen Friedensgrundlage zu erreichen. Was Molotow auch immer sagen mag, ich werde stets davon überzeugt sein, daß er sich nicht in die Angelegenheiten der Welt einmischen sollte.“

Die UN-Balkan-Sonderkommission beschloß auf beiden Seiten der griechischen Nordgrenze Beobachtungsgruppen einzusetzen, der Ausschuß wird den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, ersuchen, die Zustimmung Griechenlands, Jugoslawiens, Bulgariens und Albaniens zur Aufstellung solcher Gruppen in den betreffenden Gebieten beiderseits der Grenze zu erhalten.

Eine Länderratsentschließung zur Demontage in französischer Zone

Stuttgart, 28. Nov. (Eig. Ber. - huc) Das Direktorium des Länderrats bittet die amerikanische Militärregierung um Lokierung der Zivillieferungen in der Versorgung der Zivilbevölkerung der US-Zone mit Glas- und Porzellanwaren. Bis jetzt dürften nur 25 v. H. der Fabrikation an den Zivilsektor geleitet werden, der Rest war für den Export bestimmt. Man hofft in Zukunft, daß von den 16 Mill. Stück Geschirre u. Porzellan die Hälfte für eigene Zwecke verwendet werden könne.

Ferner empfahl das Direktorium des Länderrats das Gesetz zur Hemmung von Verjährungsfristen bis Ende 1948 aufzuheben. Von der amerikanischen Militärregierung wurde das Flüchtlingsrentengesetz und das Gesetz über Wirtschaftsprüfer, Bücherrevisoren und Steuerberater genehmigt.

Das Direktorium des Länderrats hat von dem Übereinkommen der französischen und amerikanischen Regierung Kenntnis genommen, wonach innerhalb von sechs Monaten 20 000 deutsche Arbeitskräfte aus der US-Zone für Frankreich anzuwerben werden sollen.

Das württembergisch-badische Kabinett hat in seiner letzten Sitzung am 26. November den Gesetzentwurf über die Verwaltung der beiden Landesteile Württemberg-Baden gebilligt. In einer der nächsten Plenarsitzungen wird über den Entwurf im Landtag endgültig beraten werden. Auf Ausführungen von Wirtschaftsminister Dr. Veit über die Auswirkungen der Demontage in Südwürttemberg nahm der Landtag folgende Entschlußfassung an: „Der ständige Ausschuß des württembergisch-badischen Kabinetts in einer Sondersitzung am 27. November eine Erklärung der Regierung über den Umfang der geplanten Demontage in Südbaden und Südwürttemberg-Hohen-

US-Textil-Hilfsprogramm läuft an Bremen, 28. Nov. (Dena) Mit dem Eintrifft einer Ladung von 600 Textilien und Segeltuch im Werte von 50 000 Dollar aus den USA am 27. d. Mts. ist das amerikanische Textil-Hilfsprogramm für Deutschland angefallen.

Im Namen der Demokratie AUFGEBO... DIE EHESCHLIESSUNG BEANTRAGEN: ZONE OST ZONE WEST

Zwei Fragen seien von „entscheidender Bedeutung“, nämlich die Errichtung einer demokratischen Regierung Deutschlands und die Zusammensetzung der kommenden Friedenskonferenz. Die Schaffung einer demokratischen Regierung in Deutschland könne nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Hinsichtlich der Zusammensetzung einer Friedenskonferenz sei im vergangenen Jahr in New York beschlossen worden, daß alle Nationen, die am Krieg gegen Nazideutschland teilgenommen hätten, bei der Konferenz vertreten sein sollten. Wenn wir nicht unsere Vereinbarung brechen wollen, dann werden wir auf diese Weise vorgehen.

In seiner Erwiderung gab der amerikanische Außenminister Marshall zu, daß der österreichische Staatsvertrag mit dem deutschen Friedensvertrag hinsichtlich der Errichtung einer Friedenskonferenz im vergangenen Jahr in New York beschlossen worden, daß alle Nationen, die am Krieg gegen Nazideutschland teilgenommen hätten, bei der Konferenz vertreten sein sollten. Wenn wir nicht unsere Vereinbarung brechen wollen, dann werden wir auf diese Weise vorgehen.

Im Namen der Demokratie AUFGEBO... DIE EHESCHLIESSUNG BEANTRAGEN: ZONE OST ZONE WEST

NEUESTE NACHRICHTEN

Ein neuer „Schwabenstreich“

Aus Stuttgart kommt eine für Baden erregende Kunde. Danach hat der württembergisch-badische Ministerrat in seiner Kabinettsitzung am Mittwoch einen Gesetzentwurf des Innenministers über die Verwaltung der Landesteile Württemberg und Baden angenommen.

In einer Karlsruher Großkundgebung hat Finanzminister und Landespräsident Dr. Köhler am Donnerstagabend in Frierlicher Form gegen Inhalt und Sinn dieses von dem Reich in der württembergisch-badischen Kabinetts beschlossenen Gesetzentwurfes Verwahrung eingelegt.

Um was es sich handelt, es dreht sich darum gesehentlich für die Regelung des Verhältnisses zwischen Württemberg und Baden auf Grund von Artikel 44 der Verfassung zu schaffen. Der Artikel besagt, daß das Staatsgebiet aus den Landesbezirken Württemberg und Baden zusammengefaßt werden soll.

Die durch Gesetz vorzunehmende grundlegende Festlegung des Verhältnisses Württemberg und Baden sollte unter allen Umständen dem Sinn und Wortlaut dieses Verfassungsartikels entsprechen. Es steht fest, daß sowohl Baden als auch Württemberg geschichtlich bedingte Einheiten sind, die sich nicht ohne weiteres verschmelzen lassen.

Was ist nun geschehen? Das Kabinettsmitglied, das sich dem Entwurf widersetzt, ist der württembergische Ministerpräsident Dr. Köhler. Er hat sich dem Entwurf ausdrücklich widersetzt, da aus dem seitherigen Verwaltungsbezirk Baden ein Regierungsbezirk nach preußischem System unter Aufsicht des Innenministeriums geformt werden soll.

Die Auswirkungen sind ganz klar. Baden wäre nur unselbständiger Verwaltungsbezirk und verlor seine früheren und derzeitigen Selbstbestimmungen im weitesten Umfang. Das bedeutet zu gleicher Zeit eine einseitige Bevorrugung der württembergischen Verwaltung, für die ja keinerlei Änderung vorgesehen ist.

Die Auswirkung ist ganz klar. Baden wäre nur unselbständiger Verwaltungsbezirk und verlor seine früheren und derzeitigen Selbstbestimmungen im weitesten Umfang. Das bedeutet zu gleicher Zeit eine einseitige Bevorrugung der württembergischen Verwaltung, für die ja keinerlei Änderung vorgesehen ist.

Die „bürgerliche“ Defensive

Der Zeitpunkt scheint gekommen, daß in der Ostzone die bürgerlichen Parteien den Totalitarismus gegenüberstellen. Man sieht, daß die allseitige Radikalisierung in Osteuropa, die das Spiel der „demokratischen Blöcke“ durch rigorose „Einheitsaktionen“ beendet, sich gewirkt auch in der deutschen Ostzone ankündigt.

Man sieht, daß die allseitige Radikalisierung in Osteuropa, die das Spiel der „demokratischen Blöcke“ durch rigorose „Einheitsaktionen“ beendet, sich gewirkt auch in der deutschen Ostzone ankündigt.

Eine zweite Partei in Rußland

Unter der Überschrift „Eine zweite Partei in Rußland“ bringt die Baseler Nationalzeitung folgende Betrachtungen zu „innerpolitischen Vorgängen in der Sowjetunion, die grundlegende Strukturveränderungen des russischen Systems erwarten lassen.“

Die bisherige Verlauf des Gemeinderatswahlkampfes zeigt, daß das Interesse der Wähler stark an den großen Fragen der Weltpolitik und den sozialpolitischen Problemen zugenommen ist. Daß die Wählerinnen und Wähler im Augenblick den rechten Blick für die Radikalpolitik nicht haben, ist verständlich. Die Not ist zu groß, und niemand täuscht sich darüber, daß die entscheidenden Beschlüsse zur Besserung von Staat und Welt hier nicht von arbeitenden Konferenzen ausgehen. Dennoch müssen wir mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß ein Reform der wirtschaftlichen und sozialen Zustände allein nicht genügt.

Die Arbeiten der erwähnten Zentral-Kommission sollen im Oktober 1947 abgeschlossen sein, damit die neue politische Organisation des Landes mit dem 30. Jahrestag der bolschewistischen Revolution am 7. November 1947 eingeführt werden kann. Nach Berichten aus Moskau sieht die Sowjetunion das Recht vor, ihre Interessen künftighin durch zwei politische Parteien wahr zu lassen, die sich „Partei der Industriearbeiter“ (Kommunistische Partei) und „Partei der Landarbeiter“ (Bauernpartei) nennen werden.

Die Partei der Industriearbeiter (Kommunistische Partei) und die Partei der Landarbeiter (Bauernpartei) sollen die Träger der Verwirklichung des Projekts sein. Zwar noch bedeutende Widerstände von Seiten des Politbüros entgegen, seine Vorteile für die Sowjetunion werden jedoch von seinen Befürwortern als ganz überwiegend angesehen.

Stalin prüft seine Aktionen von langer Hand vorzubereiten. So versteht man erst jetzt den wahren Grund, der ihn veranlaßt, gleich nach Kriegsende mit der Regierung zu demissionieren und sich vom Obersten Rat der Sowjetunion wieder einsetzen zu lassen. Dadurch würde eine eventuelle Änderung im russischen Parteiensystem technisch ermöglicht, indem die Regierung nun auch legal nicht mehr von einer Partei in diesem Falle der Kommunistischen Partei, sondern einzig und allein von der Verfassunggebenden Versammlung, Die Einführung einer zweiten Partei in der Sowjetunion würde also die von Stalin im Mai 1946 neu eingeführte konstitutionelle Praxis keineswegs umwerfen. (PD)

Gelassenheit nicht Bitterkeit

Fortsetzung von Seite 1
Fortsetzung von Seite 1
Wir müssen uns darüber klar sein, daß ein großer Teil der Gebiete, die sich gegenwärtig unter polnischer Verwaltung befinden, schon länger deutsch gewesen sind und wirtschaftlich von größter Wichtigkeit für Deutschland und die europäische Wirtschaft ist.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß ein großer Teil der Gebiete, die sich gegenwärtig unter polnischer Verwaltung befinden, schon länger deutsch gewesen sind und wirtschaftlich von größter Wichtigkeit für Deutschland und die europäische Wirtschaft ist. Marshall vertrat die amerikanische Anschauung, daß die deutsche Ostgrenze in Potsdam nicht endgültig festgelegt werden soll, da beschlossen wurde, diese einer allgemeinen Friedenskonferenz zu überlassen.

Minister Veit zu deutschen Problemen

Karlruhe, 28. Nov. (M.S.-Eigenbericht) Gestern abend sprach Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit auf einer SPD-Kundgebung in der Festhalle Durlach. In seiner Rede behandelte er die wichtigsten Punkte des Programms der Alliierten, den Nationalsozialismus und somit die den Weltfrieden bedrohende Diktatur Hitlers niederzuwerfen. In der Verfolgung dieses Zieles hätte vollkommene Einigkeit zwischen den Alliierten bestanden. Die weitere Entwicklung habe jedoch gezeigt, daß die ideologischen Differenzen zwischen Ost und West über die ehemals gefaßten Beschlüsse, die Naziherrschaft in Deutschland zu beseitigen und eine einheitliche Verwaltung zu schaffen, dominierend geworden sei.

„Nicht immer waren Emigranten die besten Ratgeber“, erklärte Dr. Veit. Die Denazifizierung wäre von Deutschen schneller und gründlicher durchgeführt worden und hätte sie nicht „unpopulär“ gemacht. Die Unsicherheit zwischen den Siegermächten habe bisher den Zonen zerteilten Körper Deutschlands anstatt gesunden erkranken lassen.

Wie frei sind sie in Rußland?

Captain John Baird, Labour-Abgeordneter im britischen Unterhaus, hat in einer kürzlichen Rede erklärt, daß in Rußland mehr ökonomische Freiheit sei als in Britannien. Der Verleger fragte einen Engländer, der kurz vorher aus der Sowjetunion zurückkam, nach seinen Ansichten zu dieser Feststellung. Seine Erklärungen geben ein wesentlich anderes Bild des Lebens in Rußland, als es John Baird zeichnete. (Von Ruschworth Foggs)

Parteien sprechen zur kommenden Gemeindevahl

Die politische Parteien haben sich dem in den Massen des Volkes schlummernden politischen Willen restlos Ausdruck geben können. Die Fronten der Parteien sind deshalb noch nicht befestigt. Die gegenwärtigen Parteien wurden von Männern wieder gegründet, die vor 1933 schon politisch lebendig waren. Sie nahmen Wünsche, Ziele und Gegensätze aus jener Zeit mit herüber in die Gegenwart und übersprangen so die Generation, die zwischen 1933 und 1945 lebte.

Die politischen Parteien haben sich dem in den Massen des Volkes schlummernden politischen Willen restlos Ausdruck geben können. Die Fronten der Parteien sind deshalb noch nicht befestigt. Die gegenwärtigen Parteien wurden von Männern wieder gegründet, die vor 1933 schon politisch lebendig waren. Sie nahmen Wünsche, Ziele und Gegensätze aus jener Zeit mit herüber in die Gegenwart und übersprangen so die Generation, die zwischen 1933 und 1945 lebte.

Stimme der Parteien

Die Stimme der Parteien erscheint unter Verantwortung der Redaktion. Vorläufige Antwort auf einen „Offenen Brief“ des Wohnungsamtes. In der Nummer 33 der „SAZ“ vom Freitag, den 28. November, und „BNN“ vom heutigen Samstag, den 29. November, ist die Stellung zu meiner Äußerung im Karlsruher, wo ich davon sprach, daß „Angestellte des Wohnungsamtes bevorzugt gegen Bekab und Lebensmittel Wohnraum zuteilen“.

Die Stimme der Parteien erscheint unter Verantwortung der Redaktion. Vorläufige Antwort auf einen „Offenen Brief“ des Wohnungsamtes. In der Nummer 33 der „SAZ“ vom Freitag, den 28. November, und „BNN“ vom heutigen Samstag, den 29. November, ist die Stellung zu meiner Äußerung im Karlsruher, wo ich davon sprach, daß „Angestellte des Wohnungsamtes bevorzugt gegen Bekab und Lebensmittel Wohnraum zuteilen“.

Minister Veit zu deutschen Problemen

Karlruhe, 28. Nov. (M.S.-Eigenbericht) Gestern abend sprach Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit auf einer SPD-Kundgebung in der Festhalle Durlach. In seiner Rede behandelte er die wichtigsten Punkte des Programms der Alliierten, den Nationalsozialismus und somit die den Weltfrieden bedrohende Diktatur Hitlers niederzuwerfen.

„Nicht immer waren Emigranten die besten Ratgeber“, erklärte Dr. Veit. Die Denazifizierung wäre von Deutschen schneller und gründlicher durchgeführt worden und hätte sie nicht „unpopulär“ gemacht. Die Unsicherheit zwischen den Siegermächten habe bisher den Zonen zerteilten Körper Deutschlands anstatt gesunden erkranken lassen.

Wie frei sind sie in Rußland?

Captain John Baird, Labour-Abgeordneter im britischen Unterhaus, hat in einer kürzlichen Rede erklärt, daß in Rußland mehr ökonomische Freiheit sei als in Britannien. Der Verleger fragte einen Engländer, der kurz vorher aus der Sowjetunion zurückkam, nach seinen Ansichten zu dieser Feststellung. Seine Erklärungen geben ein wesentlich anderes Bild des Lebens in Rußland, als es John Baird zeichnete. (Von Ruschworth Foggs)

an Gewohnheiten und Altem. Aus der stichtigen Forderung nach der Gerechtigkeit im Leben der Wirtschaft und Gesellschaft durchdringt sie die Gegenwartsfragen immer wieder neu und wird so der Magnet werden, der die Massen der Besitzenden die Fluchtlinie und die Ausgebombten, und alle die anzieht, die aus christlicher Haltung für ein Leben in Frieden und Gerechtigkeit kämpfen. Die SPD bewegt Christus, den Reichen der SPD wächst von Tag zu Tag. Gerade Männer und Frauen, die es mit ihrem Christentum ernst nehmen, rücken immer mehr von alten politischen Bindungen ab und stoßen zu neuen politischen Ufern vor, führende Persönlichkeiten der Kirche in Deutschland, die ehrlich und unparteiisch genug sind, die tiefe Berechtigung der sozialistischen Forderungen anzuerkennen. Und tausende von Evangelischen, die sich bisher durch das Wort „Christlich“ fangen ließen, rücken von der CDU ab und in die Reihen der SPD ein. Je mehr Menschen aus ihrem alten politischen Trost heraustreten und die politischen Aufgaben neu durchdenken, desto sauberer wird die Politik. Das ist gut, so, weil es zur politischen Klärung und zu klaren Frontbildungen beiträgt. Man erkennt die materiellen Interessen und die ideologischen Kräfte, die die Parteien zusammenhalten. Die SPD weiß, daß aus dieser Arbeit kein Vorteil, eine immer stärker werdende SPD hervorgeht, weil sie in sich alle Kräfte vereinigt, die zur Lösung der deutschen und europäischen Frage nötig sind.

Minister Veit zu deutschen Problemen

Karlruhe, 28. Nov. (M.S.-Eigenbericht) Gestern abend sprach Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit auf einer SPD-Kundgebung in der Festhalle Durlach. In seiner Rede behandelte er die wichtigsten Punkte des Programms der Alliierten, den Nationalsozialismus und somit die den Weltfrieden bedrohende Diktatur Hitlers niederzuwerfen. In der Verfolgung dieses Zieles hätte vollkommene Einigkeit zwischen den Alliierten bestanden. Die weitere Entwicklung habe jedoch gezeigt, daß die ideologischen Differenzen zwischen Ost und West über die ehemals gefaßten Beschlüsse, die Naziherrschaft in Deutschland zu beseitigen und eine einheitliche Verwaltung zu schaffen, dominierend geworden sei.

Wie frei sind sie in Rußland?

Captain John Baird, Labour-Abgeordneter im britischen Unterhaus, hat in einer kürzlichen Rede erklärt, daß in Rußland mehr ökonomische Freiheit sei als in Britannien. Der Verleger fragte einen Engländer, der kurz vorher aus der Sowjetunion zurückkam, nach seinen Ansichten zu dieser Feststellung. Seine Erklärungen geben ein wesentlich anderes Bild des Lebens in Rußland, als es John Baird zeichnete. (Von Ruschworth Foggs)

Stimme der Parteien

Die Stimme der Parteien erscheint unter Verantwortung der Redaktion. Vorläufige Antwort auf einen „Offenen Brief“ des Wohnungsamtes. In der Nummer 33 der „SAZ“ vom Freitag, den 28. November, und „BNN“ vom heutigen Samstag, den 29. November, ist die Stellung zu meiner Äußerung im Karlsruher, wo ich davon sprach, daß „Angestellte des Wohnungsamtes bevorzugt gegen Bekab und Lebensmittel Wohnraum zuteilen“.

Minister Veit zu deutschen Problemen

Karlruhe, 28. Nov. (M.S.-Eigenbericht) Gestern abend sprach Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit auf einer SPD-Kundgebung in der Festhalle Durlach. In seiner Rede behandelte er die wichtigsten Punkte des Programms der Alliierten, den Nationalsozialismus und somit die den Weltfrieden bedrohende Diktatur Hitlers niederzuwerfen.

Wie frei sind sie in Rußland?

Captain John Baird, Labour-Abgeordneter im britischen Unterhaus, hat in einer kürzlichen Rede erklärt, daß in Rußland mehr ökonomische Freiheit sei als in Britannien. Der Verleger fragte einen Engländer, der kurz vorher aus der Sowjetunion zurückkam, nach seinen Ansichten zu dieser Feststellung. Seine Erklärungen geben ein wesentlich anderes Bild des Lebens in Rußland, als es John Baird zeichnete. (Von Ruschworth Foggs)

Das freie Wort

Offener Brief an Herrn K. H. Dietz

In der öffentlichen Versammlung der KPD im Karlsruher Konzerthaus am 25. 11. 1947 haben Sie u. a. wörtlich ausgeführt: „Angestellte des Wohnungsamtes teilen bevorzugt Wohnungen gegen Tabak und Lebensmittel zu“. Der unterzeichnete Betriebsrat sieht hierin einen Angriff auf die Beamten und Angestellten des Wohnungsamtes. Da unsere Behörde ohne jede Frage zu den mit allergrößter Arbeit befaßten Ämtern gehört und die Bestenleistungen demzufolge verdientigen Ansehen und höchsten Unterstellungen ganz besonders ausgesetzt sind, hält es der Betriebsrat für eine seiner vornehmsten Pflichten, die Ehre der Kollegen gegen Angriffe zu verteidigen. Wir haben, uns immer wieder zur Aufgabe gemacht, alle Vorwürfe der Bestechlichkeit im Benehmen mit der Amtseigenschaft eingehend zu überprüfen. Es ist in den letzten 10 Jahren trotz vieler Untersuchungen nicht ein Bestechungsfall festzustellen gewesen.

Als die gewählten gewerkschaftlichen Vertreter der Beamten und Angestellten des Stadt Wohnungsamtes Karlsruhe wissen wir über Ihren Charakter als Beamten und Angestellten Entschiedenem zurück. Sollten Ihnen im einzelnen Fälle bekannt sein, in welchen Angelegenheiten des Wohnungsamtes unkorrekt gehandelt haben, so schämen wir vor, daß Sie diese Fälle dem Betriebsrat und der Direktion des Wohnungsamtes in einer gemeinsamen Sitzung vortragen.

Ablieferungspflicht erfüllt

Stuttgart, 28. Nov. (Eig. Ber. ff.) Minister Stöck, der in der gestrigen Pressekonferenz des Landwirtschaftsministeriums über die Kartoffellage sprach, betonte wiederum die Schwierigkeiten der Festsetzung der Ertragshöhe bei der diesjährigen unterschiedlichen Ernte. 1600 große Rodungen seien vom Ministerium durchgeführt worden. Durch die Maßnahmen, die auf Grund des Gesetzes des Wirtschaftsrates zur Sicherung der Kartoffelversorgung durchgeführt worden seien, sei eine recht gute Erfassung erreicht worden. Württemberg-Baden sei durch die Ernte im Vergleich zu den anderen Bundesländern im Durchschnitt um 10 bis 15 Prozent über dem Durchschnitt. Die gute Ablieferung sei um so höher zu bewerten, da die Bauern gezwungen seien, ihre Erzeugnisse zu Preisen abzusetzen, die in keinem Verhältnis zum Betriebsaufwand stünden. Es sei ferner, ob eine nochmalige Hofbegehungsaktion, wie sie jetzt vom Zweizehner verlangt worden sei, einen Zweck habe. Offiziere der Militärregierung, die zur Zeit die Ergebnisse überprüfen, hätten kein anderes Resultat feststellen können.

Ablieferung soll nicht einhalten

Stuttgart, 28. Nov. (Dena) Der geschäftsführende Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, Oberleutnant Morris O. Edwards, erklärte am 28. November auf einer Pressekonferenz, das von den bizonalen Behörden festgesetzte Ablieferungsquoten für Kartoffeln in Württemberg-Baden sei nur zu 65 bis 80 Prozent erfüllt worden. Dies genüge nicht.

Neue Lebensmittel-Tageskarten

Frankfurt, 28. Nov. (Dena) In der nächsten Zeit werden in der Bizone für Verbraucher, die nicht für eine ganz Zuteilungsperiode Lebensmittelkarten empfangen, einheitliche Tageskarten für einen Tag, drei Tage oder sieben Tage ausgeben. Seit die Verwaltung für Ernährung und Lebensmittel in der Bizone am 28. November in der Hauptstadt der Bizone, Frankfurt am Main, die Ausgabe von Reisemarken, die für die Kartenstellen zu umständlich und zeitraubend ist, eingeschränkt werden.

Frauen appellieren an Frauen

Frankfurt, 28. Nov. (Dena) Die überparteilichen und überkonfessionellen Frauenverbände der Bizone haben während einer zweitägigen Arbeitstagung in Frankfurt am Main Adressen an die Frauenorganisationen ihrer jeweiligen Besatzungsmacht gerichtet, in denen sie die ausländischen Frauenverbände bitten, Fürsprecher der deutschen Sache auf der Londoner Außenministerkonferenz zu sein.

Das Land, das sie verlassen mußten, in der gleichen Weise neu besiedelt.

Ich dachte, es wäre nun Zeit, davon zu sprechen, daß auch die Heiler Seite des Bildes gäbe: „Nach alledem können die sowjetischen Herrscher sehr rücksichtlos sein, aber vollbrachten sie nicht auch Nachahmendes, z. B. im Wohnungsamt.“ Mein Freund rümpelte sich unwillig: „In Moskau hat die Überbevölkerung in einem Maße zugenommen, die sich niemand vorstellen kann, ohne sie gesehen zu haben. Sie ist unbeschreiblich. Ich habe als in irgend einer Großstadt in Westeuropa oder in Nordamerika. Dort könnte sich niemand mehr niederlassen, und wenn trotzdem jemand versuchen würde, z. B. in ein freistehendes Regierungsgebäude einzuziehen, würde die Polizei wissen, wie sie zu handeln hätte.“

„Aber die Arbeiter haben ihre konstitutionellen Rechte“ vermutete ich. „Wenn die Führenden ein drastisches Handeln als notwendig erachten, erlassen sie einfach eine Verordnung, die alle Rechte über den Haufen wirft. Das ist kein Geheimnis. Vor ein paar Monaten schickten die Moskauer Zeitungen, als das Eisenbahnwiederherstellungsprogramm nicht mehr vorankam, wie das Eisenbahn-Ministerium summarisch Arbeiter, Beamte und ihre Familien als Handarbeiter einsetzte, während ihrer Freizeit nach den normalen Arbeitsstunden im Geleise zu schuften.“

Tulpanow contra „Neue Zeitung“

Berlin, 28. Nov. (Dena) Der Chef der Informationsabteilung der SMA, Oberst Sergej Tulpanow, demontierte am 28. d. Ms. in der „Täglichen Rundschau“, dem offiziellen Organ der sowjetischen Militärmission in der Bizone, die Behauptung: „Wird Ostzonenkabinetts gebildet?“ in der Dienstagausgabe der „Neuen Zeitung“ ausgesprochenen Mutmaßungen über die Absicht der Bildung einer Ostzonen-Regierung.

„Heute wie gestern“, betonte Tulpanow, gehen wir konsequent auf dem Standpunkt der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und lehnen jeden Plan zu einer Teilung Deutschlands und zu einem Separatfrieden ab.“

Peter von Zahn: Anleitung zur Heiterkeit

Es gehört schon eine gute Portion Gelassenheit dazu, alle die todernsten, mühsamsten Aufgaben...

Ich schenke, die damit enden, daß man mit Gedanken und Einbildungen spielt. Welche Liebenden zum Beispiel...

Ich muß noch einmal auf das fruchtbarste Beispiel der Liebenden zurückkommen. Wer liebt, der gerät öfter als gewöhnlich in einen Zustand verunkenneten Betrachten. Er ist ganz Auge...

Er ist vornehmlich ein umgestaltendes Wesen. Ein Täter — kein Betrachter. Das beschauliche Leben liegt ihm nicht...



GEORG KOLBE: GRUPPE DES BEETHOVEN-DENKMALS

An dieser Stelle kann die beleidigte Antwort nicht ausbleiben: Haben Sie mal so wenig gegessen und so viel Angst vor dem Arbeitsamt...

Die mehr oder weniger nachrücklichen Einladungen, die deutsche Wissenschaftler in den letzten Jahren in das Ausland...

istheorie usw. geklärt. Supraleitung galt bisher als Kuriosität der Metalle...

die Anpöpfung der U-Boote und Flugzeuge durch das Radar-Gerät. Auf derselben Linie liegt ein Beispiel aus dem Gebiet der Thermodynamik...

nen, welche ja in glücklicher und wirksamer Weise modernen Stilgeräten gerecht worden ist. Aber ähnlich wie im Vorjahr...

Ich habe es mir wohl überlegt, wenn ich Mönche und Liebespaare in einem Topf warf. Mönche und Liebespaare haben ein Gemeinsames...

Die Besatzungsmacht hatte lange gezögert, Zuckmayers „Des Teufels General“ (entstanden und unauferföhrt in der Emigration in der Schweiz...

immer noch eine (Pseudo) Ehrenrettung. Daß es keine ist, hat Zuckmayer das alleine Recht gehabt zu beweisen...

Die Gründe, die Erich Schudde veranlaßt haben, gerade dieses Schauspiel aus der Taufe zu heben, liegen auf der Hand...

Das Publikum empfand das Peinliche des Themas und ging zuerst nur zögernd mit, wurde dann aber unter dem Eindruck der Schlußszene zu lebhaftem Beifall hingezogen...

Carl Hofer

In einer Note hängen sich die „Lautenspielerin“ und die „Ballspielerin“ gegenüber als beide Exponenten hoferischer Bildgestaltung...

Der Maler Hans Kuhn

Die rund 30 Arbeiten, fast ausnahmslos Aquarelle, des Baden-Badener Künstlers, bedeuten darstellend Naturskizzen, Improvisationen, Bildchen und Farbstudien...

Frankfurt

Es gibt wenig deutsche Dichter außer Zuckmayer, die das gleiche Recht gehabt hätten, dieses Stück zu schreiben...

Die verkaufte Braut

Unter den Repertoireopern ist die verkaufte Braut eine genialste Schöpfung, nicht zuletzt deshalb, weil es der dramatischen Begabung Smetanas...

Sylva / Uraufführung der Karlsruher Kammerspiele

Die Gründe, die Erich Schudde veranlaßt haben, gerade dieses Schauspiel aus der Taufe zu heben, liegen auf der Hand...

Carl Hofer

Die beiden Spielern, darstellerisch so grundverschieden, verschwanden sich thematisch als Vertreterinnen jener lyrischen Welt junger Mädchen...

Der Maler Hans Kuhn

Unter einem weichen Pinsel entstehen in reinen, leuchtenden Farben und flüssigen Konturen Aussagen, oft wie geschrieben, die bravours und heiter und frisch gezeichneten fixieren...

Frankfurt

Die aktive Widerstandsoffizier Oderbruch spielte Otto Bouvel in fanatischer Verdrängtheit...

Die verkaufte Braut

Unter den Repertoireopern ist die verkaufte Braut eine genialste Schöpfung, nicht zuletzt deshalb, weil es der dramatischen Begabung Smetanas...

Sylva / Uraufführung der Karlsruher Kammerspiele

Das Publikum empfand das Peinliche des Themas und ging zuerst nur zögernd mit, wurde dann aber unter dem Eindruck der Schlußszene zu lebhaftem Beifall hingezogen...

